



---

# Pressemitteilung

Berlin/Bonn, 22. November 2013  
PM 16/2013

## **Ergebnisse der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 22. November 2013**

- **Pakt für Forschung und Innovation:  
Haushalte der Leibniz-Gemeinschaft und des Akademienprogramms im Jahr 2013  
verabschiedet**  
Die GWK hat heute beschlossen, dass die 89 Einrichtungen der Wissenschaftsge-  
meinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz rund 1 Mrd. Euro im kommenden Jahr für ihren  
laufenden Betrieb erhalten. Damit lösen Bund und Länder nicht nur ihre mit dem Pakt  
für Forschung und Innovation eingegangene Selbstverpflichtung ein, die staatlichen  
Zuwendungen jährlich um mindestens 5 % zu steigern, sondern gehen sogar mit ei-  
nem Betrag von rund 28 Mio. Euro darüber hinaus. Das ermöglicht es, ab 2014 die  
Einrichtungen
  - Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LIfBi), Bamberg
  - DWI an der RWTH Aachen e.V. (DWI)
  - Institut für Photonische Technologien e.V. (IPHT), Jenagemeinsam durch Bund und Länder als Leibniz-Institute zu finanzieren.

Darüber hinaus bringen Bund und Länder für große Baumaßnahmen an Leibniz-  
Einrichtungen 58 Mio. Euro im Jahr 2014 auf. Insgesamt beträgt die Summe der ge-  
meinsamen institutionellen Förderung damit 1,067 Mrd. Euro.

Außerdem hat die GWK heute beschlossen, das im internationalen Vergleich einmalige  
Akademienprogramm im Jahr 2014 mit 60 Mio. Euro zu dotieren. Sie stockt damit die  
Finanzierung in Anlehnung an den Pakt für Forschung und Innovation erneut um 5 %  
auf. Das Akademienprogramm dient der Förderung von langfristigen geisteswissen-  
schaftlichen Forschungsvorhaben, die in Trägerschaft einer der Akademien der Wis-  
senschaft in Deutschland durchgeführt werden.



- **Deutschland auf gutem Weg beim 3 %-Ziel für Forschung und Entwicklung (FuE)**

Die GWK hat in den vergangenen Jahren die Umsetzung der ehemaligen Lissabon-Strategie - jetzt „Strategie Europa 2020“ - intensiv begleitet und dazu regelmäßig Bilanz gezogen. Ziel der „Strategie Europa 2020“ ist es, den Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 3 % zu steigern.

In einem jährlichen Monitoring listet die GWK Erfolge und Meilensteine auf und skizziert Handlungsempfehlungen.

Der heute der GWK vorliegende Bericht für das Jahr 2011 sieht Deutschland weiterhin auf einem guten Weg: Das 3 %-Ziel für FuE ist fast erreicht. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind in Deutschland von rund 50,6 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf rund 75,5 Mrd. Euro in 2011 gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von fast 50 %. Der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg zwischen den Jahren 2000 und 2011 von 2,5 % auf 2,9 %.

Der Bericht kommt für Forschung und Entwicklung zu dem Schluss: Das 3 %-Ziel hat erhebliche Finanzmittel für die Bewältigung von wichtigen Zukunftsaufgaben mobilisiert. Die GWK ist sich darüber einig, dass sich diese Dynamik gerade auch für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen fortsetzen muss.

- **Bund und Länder richten Rat für Informationsinfrastrukturen ein**

Informationsinfrastrukturen wie etwa Archive, Bibliotheken, (Daten-) Sammlungen, Fachinformationszentren und ähnliche Einrichtungen werden im Zeitalter der Digitalisierung für das Wissenschaftssystem immer wichtiger. Die künftigen Herausforderungen sind dabei bspw. mit den Stichworten Hosting, Langzeitarchivierung, Retrodigitalisierung, Qualitätssicherung von Forschungsdaten, Lizenzierung und Umgang mit virtuellen Forschungsumgebungen skizziert.

Um die vorhandenen vielfältigen Aktivitäten in diesem Bereich besser aufeinander abzustimmen und sie miteinander zu verzahnen, hat die GWK heute beschlossen, einen Rat für Informationsinfrastrukturen zunächst als vierjähriges Pilotprojekt einzurichten. Sie folgt damit einer Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 2012, der eine koordinierende Weiterentwicklung dieses Wissenschaftsbereiches als dringend notwendig erachtet. Der Rat soll sich auf der Systemebene den strategischen Zukunftsfragen dieses Wissenschaftsbereiches widmen, die Selbstorganisationsprozesse in der Wissenschaft stärken und Möglichkeiten zur Kooperation von Einrichtungen/Initiativen ausloten. Er wird Wissenschaft und Politik in Fragen der Weiterentwicklung der Informationsinfrastrukturen beraten. Dem 24-köpfigen Gremium sollen sowohl Nutzer und Betreiber von wissenschaftlichen Informationsstrukturen als auch öffentliche Zuwendungsgeber angehören. Die Finanzierung des Rates erfolgt gemeinsam durch Bund und Länder.